

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Lieferung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M. Im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen Postfache Zustellungen entgegen. Unter Zirrhaupt bezogen für Deutsche ab und Österreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Salvo-Kaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30.— M. Redaktionen, Expedition und Verlag Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Nonpareilzeile ober beider Raum kostet 1.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festschriebene Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festschriebene Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4518 4603, 4625, 4648, 4921.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Millerand Präsident von Frankreich

Die Sozialisten gegen Millerand

Paris, 23. September. (Havas.)

Millerand wurde mit 695 von 892 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt. Auf den unifizierten Sozialisten Delors entfielen 69 Stimmen. Die übrigen Stimmen waren zerplittert.

Die „Humanité“ schreibt zu der Wahl Millerands: Wir treten in ein Zeitalter der persönlichen Gewalt ein. Wenn Millerand unter den Bedingungen, die er wünscht, gewählt wird, so wird er sich nicht darauf beschränken, zu herrschen, wie es niemals ein Präsident der dritten Republik getan hat. Er wird sich beeilen, die Verfassung in dem Sinn einer Vermehrung der Vorrechte des Präsidenten abändern zu lassen. In der politischen Lage, in der wir uns befinden, mit einer Kammer, die wer weiß wie sehr reaktionär ist, ist es unmöglich zu sagen, wohin man auf diesem Wege kommen wird. Machen wir uns mit dem nationalen Blod auf das schlimmste gefasst.

Horthy-Ungarn in Wien

Die bestochene Presse

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Wien, 22. September.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“, das tschechische Organ „Pravo Lidu“ und die von dem ehemaligen ungarischen Volkskommissar Kunfi herausgegebene ungarische Wochenschrift „Négykilés“ beginnen mit der Veröffentlichung geheimer Akten der ungarischen Gesandtschaft in Wien über Verbindungen der Wiener Christlich-Sozialen mit Horthy und die ganze Slowakei unterminierende Propaganda Horthys. Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht zwei Akten, die beweisen, daß christlich-soziale Flugblätter in Budapest geschrieben und von der ungarischen Gesandtschaft in Wien gedruckt und vertrieben werden. Weiter wird abgedruckt der offizielle Akt über die Anweisung von zwei Millionen Kronen zu diesem Zweck. Der Bericht stammt vom Pressesekretär der ungarischen Gesandtschaft, Ministerialrat vom Pressesekretär des ungarischen auswärtigen Ministeriums Eckardt. Die Echtheit wird durch Abdruck einer lithographischen Photographie erhärtet.

Ebenfalls gekauft sind verschiedene Blätter der monarchistischen Offiziere, so „Staatswehr“, das antisemitische Organ „Volkssturm“ und „Eiserner Felsen“ und das im Dienst der ungarischen Gesandtschaft lebende Blatt „Antisemitenbund“. Die Anweisungen lauten wörtlich: „Volkssturm“ veröffentlicht nach den erhaltenen Weisungen abermals eine mächtige Offensiv. Ebenfalls wörtlich: „einige mit hervorragendem Organisations-talent begabte Mitglieder der „Erwachenden Magyaren“ sind in Wien zu werden den Antisemitenbund nach Budapestischer Muster umformen“.

Die „Arbeiterzeitung“ verlangt die Ausweisung des ungarischen Gesandten und das Strafverfahren gegen diejenigen, die sich für ungarisches Geld zu Aktionen gegen die Republik bingen ließen. Weitere aufsehenerregende Enthüllungen folgen.

Die Arbeiterbewegung in Italien

Mailand, 23. September.

Aus Turin wird gemeldet, daß die Abstimmung über das in Rom abgeschlossene Einigungsabkommen in den Turiner Fabriken keine Zustimmung gefunden hat. In 24 von 51 Fabriken lehnten etwa 60% der Arbeiter die Annahme ab; aber die Leitung der C. G. L. ist optimistisch und glaubt, daß das Abkommen doch noch angenommen werden wird. In einigen Fabriken, wie z. B. bei Fiat, wurde eine Tagesordnung gegen das Vorgehen der Vertreter der C. G. L. angenommen, die das Abkommen unterzeichnet haben, ohne erst die Arbeiter zu befragen. An vielen Stellen Turins kam es gestern früh wieder zu Zwischenfällen zwischen Arbeitern und Soldaten, wobei letztere von ihren Waffen Gebrauch machten und in die Menge feuerten. Mehrere Arbeiter sollen getötet oder verwundet sein.

Wrangels großer Angriff

Helsingfors, 23. September.

In Polen werden zur Zeit zwei russische weiße Armeekorps organisiert, von denen das eine unter dem Befehl Bulak-Balafschomitsch steht, während das andere von einem Wrangel-Offizier Dolanski befehligt wird. Die Truppen erhalten ihre Direktiven vom russischen Komitee in Warschau, dessen Vorkämpfer Boris Sawinkow ist, der ständig mit Wrangel in Verbindung steht. Diese weißen Truppen sollen an Wrangels großer Offensive gegen Moskau teilnehmen, die demnächst beginnen soll.

Der polnische Kriegsminister Sosnizowski hat Befehl zur teilweisen Demobilisierung der polnischen Armee gegeben, die durchgeführt werden soll, wenn beide Parteien in Riga ihre gegenseitige Souveränität anerkennen und die Grenzen zweifelsfrei festgelegt sind. Polen verlangt nur solche Ländergebiete, die von einer polnischen Majorität bewohnt sind. Die wirtschaftlichen Bedingungen

sollen erst dann diskutiert werden, wenn der Präliminarfrieden unterzeichnet ist. Angeblich will man sich auf den Grundbesatz stellen, daß keine Partei Schadenersatz leisten soll. Polen verlangt von Rußland nur zurück, was während des zaristischen Regimes aus Polen an Kunstgegenständen und Dokumenten usw. fortgeführt worden ist.

Die Frontberichte

Königsberg i. Pr., 23. September.

Zur Lage wird gemeldet: Im Kampfabschnitt vom Dniepr bis zum Pripiet säubern die Polen nach Erreichung der Flussläufe des Borycz und Gornia das eroberte Gelände von den versprengten und zurückgebliebenen bolschewistischen Truppen. Südlich von Pinsk nähern sich die Polen nach Einnahme von Lyubaszewo dem Styrkaß. Im Räume östlich von Kobryna-Prashany setzen die Bolschewisten ihre Angriffe fort, die bisher von den Polen abgewiesen wurden, wobei die Bolschewisten auf Koschany zurückgeworfen wurden. Polnische Angriffe auf im Räume westlich von Wolkowist zu Offenstücken bereitgestellte bolschewistische Truppenansammlungen waren erfolgreich; die Polen melden 1100 Gefangene. Bolschewistische Angriffe auf der Gegend von Grodno auf Odelst und Kuscha wurden abgewiesen. Der Brennpunkt der Kämpfe liegt zur Zeit im Abschnitt Prashany westlich von Wolkowist, wo die Bolschewisten ihre neu herangeführten Kräfte konzentriert haben. Im Suwalki-Gebiet dauern die heftigen Kampfhandlungen zwischen Polen und Litauern an; die Litauer führen ihre Verstärkungen anscheinend im Räume von Setny heran.

Moskau, 23. September. (Funkdruck.)

Russischer Heeresbericht vom 22. September. Im Abschnitt Grodno haben wir auf der ganzen Linie den Vormarsch des Feindes zurückgeschlagen, sind zum Gegenangriff übergegangen und haben nach Kampf eine Reihe Ortschaften eingenommen. Im Abschnitt Wolkowist dauern die Kämpfe mit wechselndem Erfolg an; wir haben Gefangene gemacht. Im Abschnitt Wranja ist die Lage unverändert. Im Abschnitt Larnopol stehen wir in hartnäckigem Kampf bei der Stadt Woloschist. Kräfte von 11. Im Abschnitt Jelaterinoslaw führen unsere Abteilungen hartnäckige Kämpfe.

Bestrafte Schieber

Moskau, 23. September. (Funkdruck.)

Das Revolutionstribunal für Wassertransportwesen in Nischni-Kowgorod verurteilte den Führer und einen Kommissar des Dampfers „Veresniki“ wegen Schieberungen und Banditenwesens zum Tode durch Erschießen. Andere an diesem Verbrechen Beteiligte wurden zu Zwangsarbeit verurteilt. Sie hatten den Dampfer mit Maschinengewehren bewaffnet, fuhren von Astrachan nach Nischni-Kowgorod und beschäftigten sich mit Schieberungen.

Die schwedischen Reichstagswahlen

Rückgang der sozialistischen Stimmen

Stockholm, 23. September.

Bisher sind 182 Reichstagsabgeordnete gewählt, davon 68 Sozialdemokraten, 57 Konservative, 34 Liberale und 29 von den beiden Bauernorganisationen sowie 3 Linkssozialisten. Die Rechtssozialisten haben 7 Sitze verloren, die Linkssozialisten 5 und die Liberale 11. Die Konservativen haben 12 Sitze gewonnen und die Bauernorganisationen 9. Die Stimmenzahl der Rechtssozialisten beträgt 170 000 mit einem Rückgang von 28 682 Stimmen, die der Konservativen 146 627 mit einem Zuwachs von 6441 Stimmen, die der Liberalen 108 644 mit einem Rückgang von 46 230 Stimmen und die der beiden Bauernorganisationen 71 193 mit einem Zuwachs von 15 752 Stimmen. Die Stimmenzahl der Linkssozialisten beträgt 30 844 mit einem Rückgang von 8850 Stimmen.

Der Konflikt im englischen Bergbau

London, 23. September.

Die heutige Konferenz der Bergarbeiterdelegierten hat den Vorschlag Smillies, zum zweiten Male abzukommen, ob die geforderte Lohnerhöhung um 2 Schilling einem Schiedsgericht unterbreitet werden soll, abgelehnt.

Der Straßenbahnerstreik in Hannover

Hannover, 23. September.

Hannover ist, nach acht Wochen, noch immer ohne Straßenbahn. In der letzten Belegschaftsversammlung der Straßenbahner wurde mitgeteilt, daß die Streikenden nach wie vor die Unterstüßung der gesamten Arbeitererschaft fanden. Selbst aus dem Ruhrgebiet seien Sympathiebekundungen eingegangen, so daß man bei einem Appell an alle im Transportarbeiterverband organisierten Straßenbahner die Mittel zu längerer Fortführung des Streiks erhalten würde. Es wurde eine Abstimmung über die von der Straßenbahndirektion gestellten Bedingungen vorgenommen, die einen Verzicht auf Lohnerhöhung und Nichtwiedereinstellung von 300 Mann forderten. Man schritt auch deshalb zur Abstimmung, weil die Direktion angeblich behauptet haben soll, die Streikleitung verleihe jede Willensäußerung der Straßenbahner. Das Ergebnis war 2041 von 2082 für die Ablehnung der Bedingungen. Der Lohnkampf geht infolgedessen weiter.

Die „freiwilligen Polizeitruppen“ in Ostpreußen

Aus Königsberg wird uns geschrieben:

Am Sonnabend, den 11. d. Mts., brachte der „Vorwärts“ eine Enthüllung über „reaktionäre Geheimbündelei“ der Agrarier in Ostpreußen. An Hand eines vertraulichen Zirkulars des früheren Leiters des privaten agrarischen Selbstschutzhverbandes (Dr. Gsch.) vom 29. Juni d. Js. wird der Nachweis geführt, daß der Kampf der Dr. Gsch. sich „gegen die Sozialisten aller Richtungen“ und gegen die Regierungen richtet, in denen die Sozialdemokratie einen Anteil hat. Seine Mittel wären Waffen und abermals Waffen, sein Ziel die Aufrichtung einer „sicheren, schrankenlosen Gewalt des vereinigten Bürger- und Bauernums über das Proletariat“.

Vom Oberpräsidenten, der bekanntlich am 3. Juli d. Js. durch seinen Stellvertreter selbst die Anweisung gegeben hatte, an Stelle der Einwohnerwehren „private Selbstschutzhverbände zu setzen“, wird gesagt, dieser hätte die Entwidlung eine ganze Weile beobachtet und dann „mit rauher Hand“ eingegriffen. Er „beharrte“ auf dem Standpunkt, daß „eine militärische Organisation ein Un Ding“ sei. Schließlich wären „die Dr. Gsch. Leute zu Kreuze getroffen“.

In Wirklichkeit sind nicht die Dr. Gsch. Leute zu Kreuze getroffen, sondern der Oberpräsident vor den Dr. Gsch. Leuten. Wir haben dieses schon in Nr. 371 unseres Blattes nachgewiesen. Der Zufall will es, daß am selben Tage, an dem der „Vorwärts“ seine Enthüllung macht, die rechtssozialistische „Königsberger Volkszeitung“ den Oberpräsidenten selbst als „Geheimbändler“ entlarvt. Dr. Siehr hat nämlich unterm 1. September in einer „streng vertraulichen“ Verfügung (D. R. 12. Nr. 3460) die Bildung einer „freiwilligen Polizeitruppe Ostpreußens“ angeordnet.

Besonders hervorzuheben verdient, daß diese Verfügung im unmittelbaren Anschluß an die „völlige Einigung“ zwischen Oberpräsident und Dr. Gsch. erlassen worden ist. Die Verfügung betreffend Bildung einer „freiwilligen Polizeitruppe“ stellt daher das amtlich nicht bekanntgegebene Resultat der Einigung dar und bedeutet einen vollen Sieg der Konterrevolution: Herr Dr. Siehr ist schnell den Junkern untertänig geworden.

Die Verfügung lautet:

„Allgemeines. Zum Schutze der Provinz, insbesondere zur Bewachung und Abtransport der internierten Russen und Polen, wird aus den Mitgliedern der Orts- und Grenzwehre eine Polizeitruppe geschaffen.“

1. Gliederung. Die Truppe besteht aus vier Abteilungen und einem Organisationsstab; letzterer wird vom Wehrkreiskommando gestellt. Er tritt auf dem Truppenübungsplatz Arys als Aufstellungsort zusammen.

2. Gang der Aufstellung. Die Aufstellung der Polizeitruppe liegt in Händen des Oberpräsidenten und der Kreisräte bis zur Übernahme der Abteilungen durch den Organisationsstab. Zeitpunkt wird noch bekanntgegeben. Weitergehende Unterstützung durch das Wehrkreis-kommando ist zugelagt.

Die Kreisräte stellen sofort aus ihrem Kreis je einen Zug und die ihnen sonst noch zur Aufstellung zugewiesenen Formationen zusammen. Stärke des Zuges mindestens 40 Mann, 1 Zugführer, 1 Feldwebel, 8 Gruppenführer. Als Mannschaften sind nur zuverlässige Mannschaften, die der Orts- und Grenzwehre angehören, bzw. den Einwohnerwehren oder dem Selbstschutz angehört (möglichst gediente Infanteristen oder Artilleristen) zu nehmen; auf Kavalleristen wird voraussichtlich für eine andere Formation zurückgegriffen werden. Die ausgewählten Mannschaften sind frühestens am 7. September geschlossen aus dem Kreis nach dem Aufstellungsort der Hundertschaften in Marsch zu setzen. Den Mannschaften wird das Fahrtgeld und außerdem 5 Mark Verpflegungsgeld mitgegeben. Der Kreisrat des Aufstellungsortes der Hundertschaften, bei dem sich die Transporte aus den einzelnen Kreisen beim Eintreffen zu melden haben, ist für die richtige Zusammenstellung der Hundertschaften verantwortlich.

Der Sanitätsoldat wird von der Reichswehr gestellt.

Die Abteilungsstäbe treffen ebenfalls am 6. September in ihrem Aufstellungsort ein. Am gleichen Tage trifft von der Reichswehr ein Schreiber, ein Hilfschreiber, zwei Ordnonanz mit Geschäftszimmergerät ein. Sie sind angewiesen, sich beim Kreisrat zu melden.

Die Abteilungsstäbe sind von den Kreisräten ebenfalls über den Gang der Aufstellung zu unterweisen. Die Zahlmeister werden von der Reichswehr gestellt. Sie treffen am 6. September im Aufstellungsort ein. Der Abteilungsadjutant ist zwecks Informationen möglichst vor Zusammentritt des Abteilungsstabes im Aufstellungsort zum Oberpräsidenten zu entsenden.

Alle Mannschaften und Offiziere treten ihren Dienst mit dem Tage der Abreise in den Aufstellungsort an.

